

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/156

19. August 1975

Ich schlage Alarm!

Gezielter CDU/CSU-Anschlag auf die Rundfunkfreiheit

Von Albert Osswald MdL

Ministerpräsident des Bundeslandes Hessen und Mitglied
des SPD-Vorstandes

Seite 1 und 2 / 58 Zeilen

Verbrauchspolitik der CDU/CSU - eine Springprozedion

Gut in der Theorie, in der Praxis aber unklar und lasch

Von Dr. Anke Riedel-Martiny MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verbraucherpolitik der
SPD-Fraktion

Seite 3 / 42 Zeilen

Die Perfektion wird zur Landplage

Erfahrungen in einem deutschen Grenz-Zollamt

Von Lothar Löffler MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages

Seite 4 und 5 / 79 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 406
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 02 28 648 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Ich schlage Alarm!

Gezielter CDU/CSU-Anschlag auf die Rundfunkfreiheit

Von Albert Osswald MdL

Ministerpräsident des Bundeslandes Hessen und
Mitglied des SPD-Vorstandes

Die konzentrierte Kampagne der CDU/CSU sowie der von ihnen beherrschten Landesregierungen in Baden-Württemberg und Bayern gegen die Berichterstattung in Hörfunk und Fernsehen bedroht die Grundlagen der Rundfunkfreiheit. Nach den bisher bekanntgewordenen Äußerungen führender CDU/CSU-Politiker kann davon ausgegangen werden, daß es sich um eine langfristige Strategie der Unions-Parteien handelt.

Dies dürfte damit bewiesen sein, daß die CDU-Parteizentrale in Bonn die Rundfunk- und Fernsehprogramme systematisch rund um die Uhr auf die Wahrung unionskonformer Berichterstattung kontrolliert; einem liberalen Journalisten wie Hans Weigert auf Betreiben der CDU als ARD-Kommentator gekündigt wird und unabhängige Redakteure von ARD-Magazinen einem pausenlosen Beschwerdeterror ausgesetzt, die unionseigenen Standartenträger - wie zum Beispiel Löwenthal - aber peinlich geschont werden; der WDR von dem CDU-Bundestagsabg. Windelen pauschal als "Rotfunk" diffamiert wird; die CDU durch monatelange Parteiquereien die Intendantenwahl beim NDR verhindert und gleichzeitig versucht, den ihr mißliebigen Peter Merschburger als Chefredakteur abzuschießen; die Bayerische Staatsregierung ultimativ mit der Kündigung des Länderabkommens über die ARD droht und im Stuttgarter Staatsministerium ein detaillierter Plan zur politischen Disziplinierung und Provinzialisierung der ARD ausgearbeitet wurde.

Diese systematische Parteizensur, verbunden mit der Forderung, jede Einzelsendung parteipolitisch auszutrimmen, ist geeignet, eine extreme Polarisierung in die Funkhäuser zu tragen, unabhängige Journalisten existenziell zu verunsichern, mutlos zu machen und von allen politischen freien Recherchen abzuhalten. Auf diese Weise geht die Informationsfrei-

heit Schritt für Schritt verloren. Wer jede einzelne Sendung nach partei-lichen Proporz-Rechnereien "auswiegen" will, was insbesondere die Stutt-garter CDU-Landesregierung anstrebt, der will die freie und unabhängige Berichterstattung in den Rahmen von Parteiprogrammen, Regierungsbulle-tins und ideologischen Vorurteilen pressen.

In einer Zeit, in der die Freiräume unabhängiger Berichterstattung weltweit enger werden, ergeht der Appell an alle Parteien, von einer Partei-politisierung der Rundfunkanstalten und Programmen abzulassen. Das unsinnige Proporzgerangel gefährdet die Struktur eines Rundfunksystems, zu dessen Grundlagen die Parteiunabhängigkeit und die Staatsfreiheit ge-hören.

Als besonders bestürzend ist der im Stuttgarter Staatsministerium erarbeitete Plan anzusehen, die ARD an die Kette der Südstaaten zu legen, massive Programmauflagen zu fordern und mit der Abschaltung des Gemein-schaftsprogramms zu drohen. Dies ist nicht nur ein Rückfall in schwärzeste medienpolitische Kleinstaaterei und landesherrlichen Rundfunkseparatis-mus, dies ist ein gezielter Anschlag auf die verfassungsrechtliche Rund-funkfreiheit. Keine staatliche Stelle hat auch nur den Schimmer einer Befugnis, Verhaltensregeln für die Programmgestaltung der Rundfunkanstalten aufzustellen.

Ich fordere den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Dr. Hans Filbinger auf, eindeutig zu erklären, ob er die grundgesetzwidrigen Pläne seines Staatsministeriums deckt oder ob er sich von ihnen distanziert. Wenn sich eine Landesregierung ernsthaft mit solchen Vorhaben beschäftigt, ist die rundfunkpolitische Solidarität der Länder am Ende. Dann muß das Verfassungsgericht zu gegebener Zeit die Hüter des schwarzen Proporz in ihre Schranken weisen.

(-/19.8.1975/sch/s/ben)

+ + +

Verbrauchspolitik der CDU/CSU - eine Springprozedion

Gut in der Theorie, in der Praxis aber unklar und lasch

Von Dr. Anke Riedel-Martiny MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verbraucherschutzpolitik der SPD-Fraktion

Zwei vor, wenn der Bienenkopf ruft, mindestens eins zurück, wenn die Verbände schreien, so ist derzeit die Gangart der CDU-Verbraucherschutzpolitiker. Sie machen sich damit trotz eines zugegebenermaßen progressiven theoretischen Touch noch weit unglaubwürdiger als zu jenen Zeiten, in denen sie gar nichts sagten.

Hatte schon die erste Dame der CDU, Frau Wex, den ersten Verbraucherbericht der Bundesregierung Wort für Wort abgepinselt und diese Weisheiten dann als "Made by CDU" verkaufen wollen, so wurde nur wenig später ein "Geheimpapier" der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände (AGV) zum Thema Werbung bekannt, das dem Geschäftsführer der AGV und seines Zeichens stellv. Vorsitzender des CDU-Verbraucherausschusses übel angekreidet wurde. Voll Empörung schrieb der Zentralausschuß der Werbewirtschaft: "In dem Papier wird mehr oder weniger unverhohlen die Produktionslenkung durch Verbraucherverbände angestrebt - das führt aus der partnerschaftlichen Marktwirtschaft heraus." Irritierter könnte Franz Josef Strauß über BIÜM oder Kötzer auch nicht sein! An solcher Irritation ändert auch die lautstark verkündete "neue soziale Frage" nichts, die laut CDU-Programmatik die Verbraucherschutzpolitik mit umfaßt.

Noch toller werden die Ungereimtheiten, wenn man die rechtspolitische Grundsatzerklärung des CSU-Staatsministers Hillermeier, wonach "die Unionsparteien den Verbraucher schützen", einer Verlautbarung des stellv. Münchner CSU-Bezirksvorsitzenden Zehetmeier gegenüberstellt. In einem Fall nämlich wird die schwächere Markt- und Rechtsposition, der unzulängliche Informationsstand, das Defizit an Organisierbarkeit auf Verbraucherebene zu Recht beklagt und die fraglos vorhandenen Initiativen der bayerischen Staatsregierung für verbesserten Rechtsschutz werden gerügt. Wo aber der Mangel genauso stark spürbar ist, nämlich auf dem Feld des Rechtsvollzugs, da schweigt der Staatsminister. Und dem von der Sache überhaupt nichts verstehenden Herrn Zehetmeier fallen zu konkreten Vorschlägen des südbayerischen SPD-Bezirksvorstandes, wie man dem Verbraucher zu mehr Information und zu mehr Recht verhelfen könnte, nur dümmliche Sprüche von einer angeblich beabsichtigten Verquickung von Verwaltung und Partei ein. Und dabei hatte die SPD nicht mehr vorgeschlagen als die Schaffung von kommunalen Anlaufstellen, bei denen Bürger sich Recht holen können, wenn sie wieder einmal von cleveren Gebrauchtwagenhändlern, Maklern, Versicherungsvertretern, Möbelfirmen oder Fernlehrinstituten hereingelegt worden sind.

Merke: Verbraucherfreundlich ist die CDU/CSU nur in Gedanken und Worten. Aber an ihren Taten und Unterlassungsünden sollt ihr sie erkennen! Jedermann wird auch künftig unschwer feststellen, daß das verbraucherpolitische Feigenblatt, das neuerdings zu dem sozialpolitischen hinzugekommen ist, nicht ausreicht, um die Blüten einer Partei zu bedecken, die die "neue soziale Frage" erfinden mußte, damit niemand mehr davon spricht, wer denn die älteren sozialen Fragen unbeantwortet gelassen hat. (-/19.8.1975/bgy/e/sab)

Die Perfektion wird zur Landplage

Erfahrungen in einem deutschen Grenz-Zollamt

Von Lothar Löffler MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages

Der Berliner SPD-Politiker hat einen Teil seiner Sommerferien genutzt, um sich aus eigener Anschauung über die Praxis im deutschen Zollbetrieb zu informieren.

Wer an die Einheit Europas glaubt, weil er sie als eine geschichtliche Notwendigkeit ansieht und weil sie ihm eine Herzenssache ist, der sollte kein Grenz-Zollamt besuchen. Dort wird sein Glaube auf eine harte Probe gestellt. Allerdings lernt er an der "grünen" Grenze den Stand der europäischen Integration besser kennen als am "grünen" Tisch im Büro. Mit dem Abschluß der Römischen Verträge wuchs die Hoffnung auf ein geeintes Europa ohne Grenzen und Zölle. Aber die Aufgaben hinter den Schlagbäumen sind umfangreicher und komplizierter geworden. Das spürt vor allem der Mann im grünen Rock des Zöllners.

Früher wurde der Zoll einfach nach dem Gewicht ermittelt, später nach dem Wert, was bedeutend schwieriger war. Es galt aber immer nur ein System. Durch die EWG sind zwar die Zollebgaben im Warenverkehr zwischen den Mitgliedsländern abgeschafft worden, aber eine Reihe neuer Abgaben an den Grenzen - auch im Verkehr mit Drittländern - sind hinzugekommen. Zum Teil werden diese Abgaben nach dem Wert und zum anderen Teil nach dem Gewicht ermittelt. Die Einfuhr-Umsatzsteuer, die Verbrauchsteuern und die Zölle für Drittlandwaren werden nach dem Wert ermittelt, die Abschöpfungen und der Währungsausgleich zum Schutz der deutschen Landwirtschaft hingegen nach dem Gewicht. Bei der Einfuhr von z. B. Glarner Käse muß je 100 kg 418,71 DM Abschöpfung gezahlt werden. Allerdings darf der Betrag nur sechs vH des Zollwertes ausmachen. Die Abfertigung dieser Ware erfordert somit durch die Anwendung beider Systeme ein mehrfaches an Zeit und Aufwand als früher. Der Wert dieses Käses wird durch die Verwaltungskosten fast mehr gesteigert als durch Material-, Produktions- und Transportkosten.

Die EWG-Behörden produzieren ununterbrochen neue Bestimmungen für die Zollbehörden. Damit soll höchste Perfektion erreicht werden. In Wirklichkeit wird ein bürokratisches Tohuwobu angerichtet, dessen volkswirtschaftlicher Nutzen nicht mehr erkennbar ist. Allein in diesem Jahr haben sich die Ab-

Abköpfungsätze für die gängigen Käsesorten bisher zwölfmal geändert. Ein Satz gilt überhaupt nur für einen einzigen Tag; der Unterschied zu dem vorher gültigen betrug ganze 0,14 DM für 100 kg. Bei diesen raschen Änderungen kommt die Bundesdruckerei mit den Listen häufig nicht nach. Die Zöllner müssen ihre Unterlagen handschriftlich korrigieren. Allerdings nur mit Bleistift, damit nach einer kurzfristigen erneuten Änderung radiert werden kann. So sieht Rationalisierung im Zeitalter der EDV aus!

Der Währungsausgleich, der auf Marktordnungsgüter auch im innergemeinschaftlichen Warenverkehr erhoben wird, ist komplizierter zu ermitteln als früher die Zollabgaben. Einfacher wäre es, wenn die Zöllner Übermenschchen wären, die z. B. mit einem Blick den Wassergehalt in einem Käse erkennen könnten. Hat nämlich ein französischer Camembert 62 vH Wassergehalt, sind 57,97 DM Abschöpfung je 100 kg zu zahlen. Bei 63 vH sind es nur 45,32 DM. In der Praxis bedeutet das, daß viele Bescheide nur vorläufig ausgestellt werden können, bis das Ergebnis umfangreicher Analysen vorliegt. Meistens läßt sich der Wassergehalt auch im Labor nicht genau ermitteln, so daß es immer wieder Einsprüche der Importeure gibt, die langwierig bearbeitet werden müssen. Der geneigte Leser möge nicht denken, daß das alles nicht so schlimm sei! Es gibt immerhin einige tausend Käseprodukte allein aus Frankreich, die der Zollbeamte einer der 81 Code-Nummern für Käse im Gebrauchszoll-Tarif zuordnen muß. Kein Wunder, daß für die Abfertigung von Käse beim Zoll nur ein Kommentar möglich ist: Käse!

Leider gibt es auch rein deutsche Bestimmungen, die den Verwaltungsaufwand fast unaträglich steigern, ohne finanziellen Nutzen zu bringen. Beispiel dafür sind die Abgaben nach dem Mühlenstrukturgesetz. Für die Ermittlung dieser Abgaben gibt es 40 Positionen (warum eigentlich nicht nur drei?). Sie unterscheiden sich nach dem Aschegehalt bezogen auf den Trockensstoff. Die Abgaben sind nur gestaffelt von 6,12 DM bis 9,24 DM pro 1000 kg der eingeführten Mühlenprodukte. Doch auch hier geht es nicht mehr ohne Chemie-Oberrat. Aufwand und Nutzen stehen in einem krassen Mißverhältnis. Ein Zollamt nahm im Monat 22 Millionen DM ein. Davon entfielen 680 DM auf die Mühlenstrukturabgabe. Es lebe die Perfektion! Auch wenn sie teuer ist.

Da viele Rechtsbereiche (z. B. Lebensmittelrecht, Handelsklassen, Hygiene, Pflanzenschutz usw.) noch nicht innerhalb der Gemeinschaft harmonisiert sind, werden noch eine Reihe weiterer Kontrollen nötig. Die Folge davon: Der Personalbedarf wächst - und natürlich der Papierverbrauch.

Diese wenigen Beispiele sollen nicht die Skeptiker im Hinblick auf das geeinte Europa stärken, sondern vielmehr die Notwendigkeit herausstreichen, möglichst schnell die verschiedenen Rechtsbereiche in der EWG anzupassen. Dringend erforderlich wäre es für die Verbrauch- und Umsatzsteuern, die Währung und das Lebensmittelrecht. Feierliche Sonntagsreden, in denen der europäische Geist beschworen wird, helfen da nicht mehr, sondern nur die fleißige, mühselige Arbeit am Detail. Solange das noch nicht erreicht werden kann, sollte die Bundesregierung darauf drängen, das System so zu vereinfachen, daß den überperfektionistischen EG-Bürokraten die Möglichkeit genommen wird, mit ihren Verfügungen wahre Orgien auf dem Papier feiern zu können, die dem EG-Steuerzahler teuer zu stehen kommen.

Die EWG muß sich so darstellen, daß sie von möglichst vielen Bürgern verstanden werden kann - nicht nur von den mächtigen Interessengruppen, die ja wohl hinter den verschiedenen Bestimmungen stehen müssen. Sie darf nicht länger eine Spielwiese für Interessenten und Bürokraten sein!

+ + + (-/19.8.1975/ach/e/esb)